



**Initiative „BAU auf BURGENLAND“ –
mehr Fairness am Arbeitsmarkt** Seite 3

Neues GVV-Design:
„Attraktiver GVV Bur-
genland vom „Scheitel bis
zur Sohle“

Seite 2

Finanzausgleich: Faire
Aufteilung und mehr Geld
für freie Finanzspitze not-
wendig

Seite 8

Top Bewertung: Klingen-
bach macht Sprung unter
die TOP 15 der österrei-
chischen Gemeinden

Seite 9

Vorwort!

Liebe Gemeindevertreterinnen,
liebe Gemeindevertreter!



Mag. Herbert Marhold

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Aufgrund der Daten die das Land Burgenland an das Bundeskoordinationskomitee schicken muss – Stichwort mittelfristiger Finanzplan der Gemeinden – lassen sich interessante Schlüsse ziehen. Vor allem die aktuellen Daten aus den Rechnungsabschlüssen 2012 sowie aus den Voranschlägen für 2013 geben Aufschluss darüber, wie unsere burgenländischen Gemeinden wirtschaften, was sie planen und wo sie investieren oder eben nicht. Grundsätzlich ist es so, dass die Gemeinden die laufenden Einnahmen vorsichtig ansetzen, die laufenden Ausgaben aber den tatsächlich zu tätigen Ausgaben entsprechen.

Der Vermögenserwerb wurde im Voranschlag 2013 mit 102.663.555,00 Euro, im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2012 mit 114.441.951,89 Euro veranschlagt. Dies stellt eine Verminderung von ca. 10% dar. Bedenklich aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist sicher, dass die Investitionen seitens der Gemeinden nur sehr vorsichtig passieren, was zu Schlussfolgerungen verleitet, so der Bericht wörtlich: „...dass die burgenländischen Gemeinden bei ihren Investitionsplanungen sehr anlassbezogen agieren und daher zeitlich weitreichende Planungen in diesen Bereichen auf Grund der vorhandenen finanziellen Gegebenheiten (Kleingemeinden mit verhältnismäßig kleinen Budgetsummen) kaum vornehmen. Besonders bei Klein- und Kleinstgemeinden zeigt sich sehr deutlich, dass mittelfristige Planungen nur bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben, nicht jedoch bei den Investitionen möglich sind...“

Das lässt sicherlich den Schluss zu, dass die Gemeinden sehr sparsam und vorsichtig wirtschaften, was einerseits sehr zu begrüßen ist, andererseits würde ein „Konjunkturpaket“ für die Gemeinden, wie es seit Jahren vom GVV Burgenland gefordert wird, großen gesamtwirtschaftlichen Nutzen haben, da es endlich wieder mehr finanziellen Spielraum gäbe, der vor allem der lokalen und regionalen Wirtschaft zu Gute kommen würde. Dies wurde 2012 zum Teil durch die Sonderzahlungen aus dem Verkauf der BEGAS Anteile an 110 burgenländische Gemeinden erreicht.

GVV zeigt sich im neuen Design

Der GVV Burgenland präsentiert sich seit Kurzem mit einem neuen Design. Herzstück ist das neue Logo als Markenzeichen des GVV.

Hannes Schmid von GITGO: „Die Neupositionierung des GVV inklusive neuem Logo, Homepage, Drucksorten, der Zeitung und allen Web-Applikationen erscheint in einer klaren und innovativen Struktur. Hauptteil ist das neue 3D Logo in den Burgenlandfarben mit klarem Bezug zur SPÖ. Wir wollen dem Verband, passend zum jungen Team, einen modernen, neuen, frischen Anstrich geben!“ Neben dem Logo ist vor allem die Webseite jung und modern und am Puls der Zeit. Marhold: „Neben der Optik ist für uns der Servicecharakter und die Usability entscheidend, weil wir, Stichwort digitale Gemeindeordnung, Downloads oder GVV-Shop, viel über unsere Homepage abwickeln. Daher gibt es sie in Zukunft auch als mobile Version und das nächste Ziel des GVV ist es, einen GVV-App zu kreieren, weil der Trend immer mehr in Richtung Tablets und Smartphones geht!“



Präsentierten das neue Design des GVV Burgenland (v.l.): Hannes Schmid (GITGO), GVV-Präsident LAbg. Bgm. Erich Trummer und GVV-Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold Foto: GVV

Bau auf Burgenland: Vergabe-Leitfaden hilft Ortschefs Trummer: „Arbeit und Kaufkraft müssen im Land bleiben“

Die SPÖ und der GVV Burgenland wollen mit der im Vorjahr gestarteten Initiative „BAU auf BURGENLAND“ für mehr Fairness am Arbeitsmarkt und in der Baubranche sorgen. Konkretes Ziel ist es, bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten heimische Betriebe noch stärker zu unterstützen, unlautere Konkurrenz einzudämmen und Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden. Jetzt wird der SPÖ-Klub und der GVV Burgenland den Gemeinden einen juristisch abgesicherten Leitfaden zur Verfügung stellen, mit dem sie bei der Vergabe von Bauaufträgen zum Schutz von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der regionalen Wirtschaft beitragen können.

„Wir wollen sicherstellen, dass Arbeit und Kaufkraft im Land bleiben. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz und die Unterstützung heimischer Klein- und Mittelbetriebe ist für uns nicht bloß ein Lippenbekenntnis“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl bei der Präsentation mit Klubobmann Christian Illedits und GVV-Präsident Erich Trummer. Der GVV Burgenland wird den Gemeinden bei der Umsetzung mit Rat und Tat zur Seite stehen und auch Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen anbieten.

Bisher waren die Bürgermeister beim kom-

plexen Auftragsvergaberecht auf sich allein gestellt und konnten bei Auftragsvergaben kaum zusätzliche Auflagen erteilen. „Oftmals wäre das Risiko von Rechtsstreitigkeiten zu groß, die natürlich mit Kosten verbunden sind. Mit dem Vergabe-Leitfaden des SPÖ-Klubs wird diese Lücke geschlossen. Gemeinden bzw. Bürgermeister bewegen sich auf einem rechtlich sicheren Terrain. Der Gemeindevertreterverband wird daher jetzt bei der Umsetzung federführend mitwirken und die BürgermeisterInnen unterstützen“, kündigte GVV-Präsident Erich Trummer an. Dazu wird der Gemeindevertreterverband eine Reihe von Maßnahmen dazu starten (siehe Kasten).

„Damit bietet der GVV umfassendes Service und punktgenaue Unterstützung für alle sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, die sich der Initiative ‚BAU auf BURGENLAND‘ anschließen und für ‚burgenländische‘ Auftragsvergaben sorgen wollen“, so Trummer. Im Bereich der Schwellenwerte-Verordnung will der GVV-Präsident weiter Lobbying betreiben: „Diese Verordnung ist die Basis dafür, dass Gemeinden einen größeren Spielraum für regionale Vergaben haben. Sie muss aber jedes Jahr verlängert werden. Bundeskanzler Werner Faymann hat mittels Verlautbarung im Bundesgesetzblatt die Verordnung jetzt bis

Ende 2014. Das ist ein großer Erfolg. Wir wollen aber eine Dauerlösung. Damit wäre sichergestellt, dass bei der Auftragsvergabe durch Kommunen weiter eine ‚Vorrangregelung‘ für heimische Betriebe und heimische Arbeitsplätze gilt“, so Trummer.

Vergabe-Leitfaden – Vergabe-Handbuch – Seminare – Support

- Der GVV wird dafür sorgen, dass der jetzt erarbeitete Leitfaden – inkl. Musterunterlagen und Vertragsklauseln – allen Gemeinden übermittelt wird.
- Auf dieser Basis wird ein Vergabe-Handbuch für die Gemeinden erarbeitet. „Darin wollen wir allgemeinverständlich und praxisnah Detail- und Zusatzinformationen darstellen“, so Trummer.
- Außerdem werden für SPÖ-BürgermeisterInnen und SPÖ-VizebürgermeisterInnen Seminare angeboten, bei denen sie sich in die Materie vertiefen können.
- Es wird für die Absolventen dieser Vergabe-Seminare auch eine Telefon-Hotline eingerichtet, bei der sie juristischen „Support“ einholen können.

Klartext!

Liebe Gemeindevertreterinnen,
liebe Gemeindevertreter!



Erich Trummer
GVV-Präsident
LAbg. Erich Trummer

Sechs Monate nach der Neuaufstellung kann der GVV Burgenland bereits eine sehr erfolgreiche Bilanz ziehen. Eine erste Zwischenbilanz zeigt, dass in Zusammenarbeit mit LH Hans Niessl und dem SP-Landtagsklub bereits einige wesentliche Verbesserungen für die Kommunen vereinbart bzw. beschlossen werden konnten. Der GVV hat maßgeblich bei wichtigen Gesetzesnovellen und Initiativen für GVV-Gemeinden mitgewirkt, aber auch seinen Außentritt mit einem neuen modernen Design gestaltet.

Ein intensiver Verhandlungsprozess im Österreichischen Gemeindebund soll vor allem aber auch durch eine Angleichung unserer Ertragsanteile an westliche Bundesländer verbesserte Bedingungen für die burgenländischen Gemeinden bringen. Das alles ist aber nur mit einer starken Geschlossenheit auf allen politischen Ebenen möglich, für die ich mich bei allen Mitwirkenden ganz herzlich bedanke. Deshalb sind auch für unsere Gemeinden die bevorstehenden Nationalratswahlen enorm wichtig, denn es ist für uns ganz entscheidend wer uns als Bundeskanzler und Finanzminister als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Wir müssen diese Zusammenhänge erkennen und besonders in den nächsten Tagen noch einmal vermitteln. Denn nur gemeinsam mit einer SPÖ-dominierten Bundesregierung können wir auch möglichst viel sozialdemokratische Kommunalpolitik umsetzen.



Die ÖVP legt sich bei Verhandlungen über eine Verfassungsreform für eine Ausweitung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf den kommunalen Bereich quer. Für GVV-Präsident Trummer ist diese Blockadehaltung nicht nachvollziehbar.

Foto: GVV

Gemeindekooperationen: Burgenland ist top, ÖVP Flop Rechnungshof-Kompetenz: ÖVP bremst bei Ausweitung

Kooperationen unter den 171 burgenländischen Gemeinden sind im Burgenland seit Jahren gelebte Praxis. Daher sei es zwar grundsätzlich zu begrüßen, dass jetzt auch die ÖVP dieses Thema „entdeckt“ – bisher sei es dabei aber lediglich bei bloßer Ankündigungspolitik geblieben, stellt SPÖ-Kommunalsprecher und GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer fest.

„Bei der Ausweitung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf den kommunalen Bereich steht die Volkspartei auf der Bremse. Dabei wäre es gerade für die Gemeinden wichtig, auf die Empfehlungen des Rechnungshofes zurückgreifen zu können!“, so Trummer. Er fordert außerdem eine Rücknahme der Steuerrichtlinien, mit denen ÖVP-Finanzministerin Fekter Gemeindekooperationen massiv erschwert.

Im Burgenland gibt es mit den Wasserleitungsverbänden, dem Müllverband, den gemeindeübergreifenden Kinderbetreuungseinrichtungen sowie lokalen und regionalen Abwasserverbänden eine Fülle von Kooperationsprojekten, die die Effizienz erhöhen und den Gemeinden bei der Kostendämpfung helfen. „Die burgenlän-

dischen BürgermeisterInnen sind bei der interkommunalen Kooperation Vorreiter. Deshalb brauchen wir auch keine Diskussion über Gemeinde-Zusammenlegungen zu führen. Die Devise ‚Zusammenarbeiten statt Zusammenlegen‘ wird erfolgreich umgesetzt“, so Trummer. Vom Land werde die Bereitschaft zur Kooperation gefördert.

Jüngstes Beispiel ist die Novelle zum Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, die auf Initiative der SPÖ im Landtag beschlossen wurde. „In Zukunft werden Personal- und Betriebskosten bei gemeindeübergreifenden Kinderkrippen und Kindergärten um 10% höher gefördert als Projekte von Einzelgemeinden. Das ist ein starker Anreiz, um durch Gemeinde-Kooperationen noch bedarfsgerechter auf berufstätige Eltern eingehen zu können.“

Klar ist aber, dass auch im Burgenland alle Potenziale für Kosteneinsparungen und Verbesserungen in der Verwaltung genutzt werden müssen. Daher sei die SPÖ in den Verhandlungen über eine Verfassungsreform für eine Ausweitung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf den

kommunalen Bereich eingetreten. „Abgesehen von Niederösterreich haben alle anderen Bundesländer diesen Schritt bereits gesetzt oder bereiten ihn vor. Im Burgenland legt sich die ÖVP quer“, kritisiert Trummer: „Diese Blockade ist nicht nachvollziehbar. Mit dem Landesrechnungshof haben wir eine Kompetenzzentrale, die auch die Gemeinden bestmöglich nutzen sollten. Der burgenländische Landesrechnungshof kann Einsparungspotenziale in den Gemeinden finden und klare Empfehlungen abgeben, die dann auch unter fachgerechter Begleitung abgearbeitet werden können!“

Mehr Einsatz wünscht sich der SPÖ-Kommunalsprecher von ÖVP-Obmann Steindl auch in Hinblick auf die neuen Steuer Richtlinien von Finanzministerin Fekter, wonach Gemeindekooperationen der Umsatzsteuerpflicht unterliegen: „Erledigt eine Gemeinde für eine andere den Winterdienst oder die Lohnverrechnung, wird diese Leistung mit 20% Steuer belastet. Damit werden Kooperationen nicht nur erschwert, sondern letztlich sogar sinnlos. Ich fordere die Finanzministerin auf, diese Regelung zurück zu nehmen!“

Förderung von Photovoltaikanlagen Häuslbauer und Gemeinden profitieren

Das Burgenland ist stromautark. Diese Stromautarkie wurde zwar vorwiegend durch Windkraftanlagen, aber auch durch Biomasse und Photovoltaikanlagen erreicht. Für Landeshauptmann Hans Niessl ein Grund mehr in dieser wichtigen Zukunftsfrage der Energiegewinnung nach dem Motto „Dächer statt Äcker“ die Förderung von Photovoltaikanlagen weiter zu forcieren. Konkret steht ein Fördervolumen von insgesamt 300.000 Euro oder 300 Euro pro kWp zur Verfügung. Mit der Abwicklung dieser Förderung von Photovoltaikanlagen wurde die Burgenländische Energieagentur betraut. Bereits im Mai stellten Landeshauptmann Hans Niessl und GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer die „Photovoltaik-Offensive 2013“ für burgenländische Gemeinden vor.

Mit der Aktion „Dächer statt Äcker“ schließt das Land jene Lücke, die durch die derzeitige Förderpraxis des Bundes entsteht. Der Bund fördert nämlich die Installation derartiger Anlagen zwar ebenso, diese müssen aber innerhalb von nur drei Monaten errichtet werden und bis Ende November 2013 fertiggestellt sein. „Aufgrund von Rückmeldungen aus der Wirtschaft, aber auch aus dem privaten Bereich ist die dreimonatige Frist der Realisierung dieser Anlagen äußerst knapp bemessen. Um diesem Problem der Bestellung, Lieferung und Montage innerhalb von lediglich drei Monaten entgegenzuwirken, werden wir diese Frist im Burgenland daher auf sechs Monate verlängern, wobei die komplette Umsetzung bis spätestens 30. Juni 2014 erfolgen muss“, betont Landeshauptmann Hans Niessl.

Photovoltaikanlagen können auf Dächern – manchmal auch auf Fassaden – installiert werden, sind eine ideale Möglichkeit der Energieproduktion im lokalen und dezentralen

Rahmen und geben den Bürgern die Möglichkeit, selbst saubere Energie zu produzieren, ohne beispielsweise eigene Wald- oder Ackerflächen zu besitzen.

Speziell im Neubau werden aufgrund des niedrigen Energiebedarfs bevorzugt Wärmepumpen eingesetzt, die mit Strom betrieben werden. Hier bieten derartige Anlagen eine ideale Ergänzung zum Strombedarf der Wärmepumpen, speziell im Sommer für die Warmwasserproduktion und in der Übergangszeit auch für das Heizen. Von 2008 bis 2012 wurden im Burgenland 10.614 Alternativenenergieanlagen gefördert. Das Investitionsvolumen betrug an die 100 Millionen Euro, die Förderungen 18,7 Millionen Euro.

Im Rahmen der Erstellung des Solarkatasters waren alle Dächer der 171 burgenländischen Gemeinden – insgesamt 50 Mio. m² Dachflächen – untersucht worden. Knapp ein Drittel davon wurde als für die Produktion von Solarenergie als sehr gut, 20% als gut geeignet eingestuft.

Mit der im Mai präsentierten Initiative für Gemeinden wird die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden und Liegenschaften gefördert. Dies können Gemeindeämter, Schulen, Kindergärten, Freibäder oder Kläranlagen sein. GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer verweist auf die Vorbildwirkung der Gemeinden: „Im Sinne und im Dienste der Bürgerinnen und Bürger sind auch die Gemeinden gefordert, im Bereich Klimaschutz aktiv zu werden.“ Insgesamt wird teilnehmenden Gemeinden über Bedarfszuweisungen ein nicht rückzahlbarer Zuschuss von 1,29 Millionen Euro – maximal 15.000 Euro je Gemeinde – zur Verfügung gestellt; die Umsetzung muss bis 30.4.2015 erfolgen.



Mit der Förderung von Photovoltaikanlagen soll im Jahr der Energiewende ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Energieautarkie und im Umweltschutz gesetzt werden.

Foto: Uwe Steinbrich_pixelio.de



KOPAK-Schulungen

Mit der Kommunalpolitischen Akademie stellt der GVV Burgenland ein besonderes Bildungsangebot für unsere GemeindegemandatarInnen. Maßgeschneiderte Seminare und Workshops unterstützen bei den alltäglichen Erfordernissen und Aufgaben vor Ort. Die Schulungen helfen, noch effektiver für die Menschen in unseren Gemeinden zu arbeiten. Dadurch wird natürlich mit unseren kompetenten TrainerInnen die sozialdemokratische Gemeindepolitik weiterentwickelt. Drei Seminarbereiche werden unterschieden: Basisseminare, Fachseminare, Kommunikations- und Strategieseminare. Die Basisseminare bieten umfassende Informationen zur Kommunalakademie. Im Herbst nach der Nationalratswahl wird der GVV mit seinem Schulungsangebot wieder voll durchstarten. Neben den Grundseminaren zur Gemeindeordnung und zur Geschäftsordnung werden heuer auch Schulungen speziell zum Vergaberecht angeboten.

Mehr Service im Shop

Der GVV-Shop wurde jetzt vom GVV selbst übernommen und neu adaptiert. Nachdem derzeit das Baurecht wieder in aller Munde ist, hat der GVV Burgenland das neue Standardwerk zum Baugesetz im Angebot. Außerdem wird auch der neue Praxisleitfaden für Vergaberecht in Kürze via GVV-Shop bezogen werden können. Insgesamt wird der Shop immer besser angenommen von den Gemeinden. 2012 hat der GVV über 8000 Billets und mehr als 400 Bücher/Drucksorten an die Gemeinden verkauft. GVV-LGF Marhold: „Wir erweitern unser Angebot laufend und wollen damit unseren Gemeinden und Funktionärinnen und Funktionären ein Maximum an Service bieten!“

Pflegefond verlängert

Der Pflegefonds, der die Mehrkosten im Bereich der Pflege abfedert, wird bis 2016 verlängert. Auch hier gab es massiven Druck seitens des GVV Burgenland im Österreichischen Gemeindebund, diese Regelung im Sinne der Gemeinden bis 2016 abzusichern. Die Gemeinden werden über 2014 hinaus mit den Kostensteigerungen im Bereich der Pflege nicht im Regen stehen gelassen. Für die Jahre 2011 bis 2014 sind im Pflegefonds bisher 685 Millionen Euro vorgesehen, für die Jahre 2015 und 2016 ist nun die weitere Bereitstellung von 650 Millionen Euro beschlossen, die zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von Ländern und Gemeinden finanziert werden. „Die Verlängerung des Pflegefonds war die Voraussetzung zur Zustimmung der Gemeinden zum Stabilitätspakt und zur Schuldenbremse. Nur dadurch können die enormen Kostensteigerungen bei den Sozialausgaben der Gemeinden abgedeckt werden“, so GVV-Präsident Trummer.



Pflegefond im Sinne der Gemeinden bis 2016 verlängert
Foto: Rike_pixelio.de

Freie Schulwahl

Im Pflichtschulbereich gibt es zukünftig die freie Schulwahl für Eltern und Kinder und außerdem verbesserte Voraussetzungen zur Finanzierung der wohnortnahen Neuen Mittelschule (NMS). Bei den Schulerhaltungsbeiträgen für sprengelfremde Schüler gilt in Zukunft eine Teilung von 50:50. Außerdem wird die NMS Mindestschülerzahl pro Schule auf 80 gesenkt, sodass Schulen leichter erhalten bleiben.



Spatenstich mit Landeshauptmann Hans Niessl, zahlreicher Bürgermeister und Vertreter der Mitgliedsgemeinden und der Landesregierung

Foto: LMS

Strom- und Wärme durch Klärschlamm

Die Abwasserverbände WV Wulkatal und AWW Eisenstadt-Eisbachtal errichten eine gemeinsame Anlage zur Energieoptimierung und Schlammbehandlung.

Der Abwasserverband Eisenstadt-Eisbachtal und der Wasserverband Wulkatal GnbR haben sich zusammengetan, um den Klärschlamm, der bei der Abwasserreinigung in den Kläranlagen Eisenstadt und Wulkaprodersdorf anfällt, gemeinsam weiter zu behandeln. Nach einer dreijährigen Planungs-, Bewilligungs- und Ausschreibungsphase werden zwei Faultürme mit einer Höhe von je ca. 18 m und einem Fassungsvermögen von insgesamt 5.500 m³ am Kläranlagengelände in Wulkaprodersdorf errichtet. Der Klärschlamm der Kläranlage Eisenstadt wird über eine ca. 4,5 km lange Druckleitung zu den Faultürmen transportiert. Wie bei Biogasanlagen, wird das anfallende Faulgas zur Strom- und Wärmeerzeugung verwendet. Durch das gemeinsame Projekt der beiden Verbände

kann der Energieaufwand bei der Abwasserreinigung erheblich gesenkt werden.

Grüner Strom für die Kläranlage Wulkaprodersdorf

Die erzeugte Energie von ca. 1.400.000 kWh reicht aus, um die Kläranlage Wulkaprodersdorf zu einem Großteil mit grünem Strom zu versorgen. Die Kosten für das Projekt betragen ca. 6,5 Millionen Euro, wobei die Investitionen durch Bund und Land mit insgesamt 28% gefördert werden. Die Finanzierung der Anlage erfolgt zur Gänze aus Einsparungen der beiden Verbände.

Die Abwasserverbände WV Wulkatal und AWW Eisenstadt-Eisbachtal repräsentieren gemeinsam 26 Gemeinden der Bezirke Eisenstadt, Eisenstadt Umgebung und Mattersburg. Diese repräsentieren Abwasserbelastung inkl. Gewerbe und Industrie von ca. 100.000 Einwohnergleichwerten.

Neues Gemeindegesetz fixiert

Nach langen und intensiven Verhandlungen des Landes, der Gemeinde- und Städtevertreter mit der Ärztekammer ist das Gemeindegesetz neu nun fast fertig. Die Eckpunkte sind klar: Es soll ein modernes Gesetz werden, das auf Werkvertragsbasis die Entlohnung der Gemeindeärztinnen und Gemeindeärzte regelt.

Jede Gemeinde kann hinkünftig mit einem oder mehreren Ärzten einen Vertrag abschließen, um so eine optimale Versorgung zu gewährleisten. Für jene Gemeinden, die noch einen Kreis- oder Gemeindearzt nach dem alten System haben, ändert sich nichts. Kernaufgaben der neuen Gemein-

deärztinnen und -ärzte werden die Totenbeschau, die Schuluntersuchungen sowie diverse Sachverständigengutachten sein. Darüber hinaus gibt es einen genauen Entlohnungskatalog für „Sonstige Angelegenheiten“, wie z.B. gesundes Dorf, Ernährungsberatung, Fitness, Gesundenuntersuchungen, Pensionierungsgutachten usw. Alle ausgehandelten Tarife sollen zukünftig valorisiert werden, durch eine Bindung an den VPI. Man hat am 6.3. beschlossen, das „GSG neu“ als Paketlösung einlaufen zu lassen, weil diverse andere Materiegesetze (Leichenschau- und Bestattungswesengesetz) noch angepasst werden müssen, sodass mit 1. Jänner 2014 ein in Kraft treten erfolgt.



energie
BURGENLAND

Ich bin Energie-Gewinner.

Weil wir im Burgenland keinen Wind machen – sondern ihn nutzen.



Einer von 286.000 Energie-GewinnerInnen.

Energiewende
2013
Burgenland

Durch den konsequenten Ausbau der Windkraft tragen wir wesentlich zur Energiewende im Burgenland bei. Noch 2013 wird im Burgenland so viel Strom aus den erneuerbaren Energiequellen Wind, Wasser, Biomasse und Sonne produziert, wie das gesamte Land verbraucht. Denn wir übernehmen Verantwortung – für diese und kommende Generationen. www.energieburgenland.at



Die große Mehrheit der burgenländischen Gemeinden steht auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auf soliden finanziellen Beinen.

Foto: Q.pictures_pixelio.de

Gemeindefinanzen: Ungerechtigkeiten im FAG beseitigen Mehr Geld für freie Finanzspitze notwendig

Unsere Kommunen wirtschaften in schwierigen Zeiten ausgezeichnet, dennoch muss es mehr Geld für Investitionen in den Gemeinden geben!“, fordert GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer.

Zufrieden zeigt sich GVV-Präsident Erich Trummer mit den Zahlen und Daten zu den Gemeindefinanzen im Burgenland. Die große Mehrheit der Kommunen wirtschaftet sehr gut in einem wirtschaftlich sehr schwierigen Umfeld. Dennoch zeigt sich Trummer kämpferisch: „Die freie Finanzspitze der Gemeinden also das frei verfügbare Geld der Kommunen für Investitionen – geht immer weiter zurück. Hier müssen wir den Hebel ansetzen und im nächsten Finanzausgleich mehr Mittel für die Gemeinden erkämpfen! Finanzministerin Fekter ist hier als Erste gefordert, mehr Geld für kommunale Investitionen bereit zu stellen!“

KDZ-Bericht: Kommunale Mittel sind nachhaltig gesunken

Laut Bericht des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung – sind die kommunalen

Mittel, die für Investitionen und Schuldentilgungen zur Verfügung stehen, nachhaltig gesunken.

Die Ertragsanteile sind zwar seit 2007 um 660 Mio. Euro gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben die Transfer an die Träger öffentlichen Rechts (v.a. Krankenanstalten-, Landes- und Sozialhilfeumlage an die Länder) österreichweit um 610 Mio. Euro zugenommen. D.h., die Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich mussten fast vollständig für zusätzliche Transferzahlungen ausgegeben werden. Die freie Finanzspitze der Gemeinden bis 1.000 Einwohner liegt bei null bzw. im Minusbereich – davon sind rund 26% der österreichischen Gemeinden betroffen. Ebenso liegt die freie Finanzspitze der Gemeinden über 20.000 Einwohner bei null, daher haben sich die Investitionen der Gemeinden seit 2002 im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt (BIP) halbiert. In absoluten Werten sind sie von 2,1 Milliarden Euro auf 1,5 Milliarden Euro gesunken. Seit 2007 sind sie um rund 25% zurückgegangen.

Um das Niveau der Jahres 2007 wieder zu erreichen, müssten in den nächsten Jahren die Ertragsanteile um 4,3 bis 4,9% bzw. die Transfers nur mehr um 4% zunehmen. Werte, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung eher unwahrscheinlich sind. Bei einem Wirtschaftseinbruch ist – im Worst Case – ein Rückgang des Überschusses der laufenden Gebarung auf unter 7% zu erwarten.

Ungerechtigkeiten im Finanzausgleich beseitigen

„Wenn der Burgenländische Gemeindebund die Situation so sieht wie wir, sind sie herzlich eingeladen, bei den nächsten Finanzausgleichsgesprächen mit uns gemeinsam mehr Geld für die Gemeinden zu erkämpfen. Wir wollen als GVV – und das haben wir mit einer ausgezeichneten Studie auch untermauert – auch Ungerechtigkeiten im derzeitigen Finanzausgleich beseitigen, sodass alle Bürgerinnen und Bürger in ganz Österreich gleich viel wert sind“, betont Gemeindevertreterverband-Präsident Trummer.



Bundeskanzler Werner Faymann ist ein verlässlicher Partner für das Burgenland.

Foto: SPÖ

NRW: Mit sicherer Hand für Österreich!

Am 29. September findet eine entscheidende Wahl für Österreich und das Burgenland statt. Sie bestimmen die nächsten fünf Jahre!

Österreich steht nach fünf Jahren SPÖ-geführter Bundesregierung sehr gut da: Niedrigste Arbeitslosigkeit Europas, zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit, Österreich gilt bei Jugendausbildung als Vorbild für ganz Europa. Das kommt nicht von ungefähr. Allein in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die SPÖ-Bundesregierung von Bundeskanzler Werner Faymann 2013 über 1,1 Milliarden Euro investiert. „Unter Schwarz-Blau hatten wir dagegen Rekordarbeitslosigkeit in Zeiten der Hochkonjunktur. Es ist also nicht egal, wer in der Bundesregierung das Sagen hat!“, sagt deshalb SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl.

Es geht der SPÖ vor allem um mehr Gerechtigkeit: „Wir kämpfen für faire und sichere Pensionen, für mehr Arbeitsplätze

und beste Bildung!“, erklärt Niessl. Für das Burgenland geht es aber auch darum, das Erreichte im Land weiter ausbauen zu können, so Niessl: „Für die weitere Modernisierung unseres Burgenlands brauchen wir einen verlässlichen Partner im Bund. Wer also den Aufstieg unseres Landes fortsetzen will, muss SPÖ wählen!“

Spitzenkandidat NR Mag. Norbert Darabos gibt die Linie vor: „Wir kämpfen für gute Arbeitsplätze, für sichere Pensionen und faire Bildung!“ Außerdem gilt es, nicht wieder in die Zeiten von Schwarz-Blau zurückzufallen. „Wenn sich Schwarz/Blau/Stronach ausgeht, dann machen die das! Die sind sich da schnell einig: Weniger Pensionen, bis zu 12 Stunden arbeiten ohne Zuschläge, weniger Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte, dafür Steuerzuckerl für Millionäre und Großkonzerne“, befürchtet SPÖ-Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich.

Die SPÖ hat für die Wahl die besten Kandidatinnen und Kandidaten nominiert. Erstmals kann jeweils eine Vorzugsstimme auf Bundes-, Landes- und Regionalwahlkreisliste vergeben werden. Angeführt werden die Burgenland-Kandidaten von Burgenland-Spitzenkandidat NR Mag. Norbert Darabos und Regionalwahlkreis Nord-Spitzenkandidat NR Bgm. Erwin Preiner.

SPÖ-Spitzenkandidat NR Mag. Norbert Darabos mit Landeshauptmann Hans Niessl und SPÖ-Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich.

Foto: SPÖ



Klingenbach ist top

Klingenbach macht Sprung unter die TOP 15 der Österreichischen Gemeinden!

Jedes Jahr analysieren die Experten des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) im Auftrag des Gemeindefachzeitschriftens „public“ die finanzielle Lage aller österreichischen Gemeinden.

Das Burgenland schneidet in diesem Ranking traditionell immer besonders gut ab. 2013 wurde aber die Gemeinde Klingenbach nach den Kleinstgemeinden Badersdorf und Rohr drittbeste Gemeinde im Burgenland und österreichweit landete die nordburgenländische SPÖ-Gemeinde auf dem 12. Platz.

Die Analyse, die diesem Ranking zugrunde liegt, basiert im Wesentlichen auf vier Kennzahlen: die Öffentliche Sparquote (ÖSQ), die Eigenfinanzierungsquote (EFQ), hinzu kommt die Verschuldung der Gemeinde, die in Form der Parameter Verschuldungsdauer (VSD) und Schuldendienstquote (SDQ) in die Rangreihung einfließt, sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit, die durch die Quote freie Finanzspitze (FSQ) abgebildet wird.

Die Resultate der Berechnungen wurden im Dreijahresschnitt errechnet.

Trummer: „In unseren Kommunen wird gute Arbeit geleistet“

„Damit wurde einmal mehr festgehalten – und diesmal auch offiziell –, dass in unseren burgenländischen Kommunen gute Arbeit geleistet wird. Die Gemeindeverantwortlichen sind sich in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation ihrer Verantwortung bewusst und dafür muss man sich auch seitens des GVV Burgenland bei allen bedanken. Eine Verbesserung um 57 Ränge in einem Jahr – wie im Falle von Klingenbach – bedeutet eine hohe Anerkennung für den burgenländischen Weg, der auch auf Landesebene gegangen wird. „Zukunft gestalten, sparsam verwalten!“, so GVV-Präsident Trummer: „Das muss auch das Motto für die nächsten Jahre sein.“



Der Bund ist beim Hochwasserschutz säumig, das Land Burgenland hilft
Foto: pixelio.de

Hochwasserschutz

Landeshauptmann Hans Niessl übernimmt – nach Verhandlungen mit dem GVV – für offene Bundesförderungen bei Hochwasserschutzbauten die Zwischenfinanzierungszinsen, weil BM Berlakovich einen Rückstand von 5,6 Mio. Euro allein im Burgenland auflaufen ließ. Damit können nun Hochwasserschutzbauten rascher umgesetzt werden beziehungsweise viele Gemeinden ersparen sich zigtausende Euro.

Kinderbetreuung

Beim Kinderbildungs- und -Betreuungsgesetz wurde eine ganze Reihe an Verbesserungen umgesetzt und somit mehr Effizienz für Eltern wie für die Gemeinden erzielt. Beispielsweise gibt es einen praxisnaheren bedarfsorientierten Einsatz der HelferInnen. Bei den Krippen wird es eine verbesserte Förderung für gemeindeübergreifende Kooperationen geben.

Kanalabgabegesetz

Das Kanalabgabengesetz ist fertig ausverhandelt, Ziel ist ein Inkrafttreten mit 1.1.2014. Hier soll beispielsweise eine Normierung des gesetzlichen Pfandrechtes bei Kanalisationsbeiträgen und der Benützungsgeldern kommen. Es soll neue, faire Bewertungsfaktoren bei Swimmingpools, Fleischereien, im Gastgewerbe und bei Buschenschenken geben.



Katastrophenschutzplan: Digitale Plattform für mehr Sicherheit

Die Burgenländische Landesregierung hat die Plattform „Digitaler Katastrophenschutzplan“ für Gemeinden beschlossen.

Der bisher von den Gemeinden verwendete digitale Katastrophenschutzplan ist ohne Zweifel in die Jahre gekommen. Benutzerfreundlichkeit und Funktionalität konnten mit dem heutigen Stand der Technik nicht mehr mithalten. Deshalb wurde im Rahmen des EU Projektes „Sicherheit im Burgenland“ eine moderne Plattform für den digitalen Katastrophenschutzplan der Gemeinden entwickelt, der das alte System nun ablöst. LH Hans Niessl spricht von einer massiven Steigerung für die Sicherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Ziel war es, die Gemeinden durch technische Hilfe in die Lage zu versetzen, ohne spezielles Vorwissen, die Aufgaben des Katastrophenschutzgesetzes bestmöglich zu erfüllen. Die Plattform ist wie eine Homepage konzipiert und wird den Gemeinden allen Komfort bieten. Damit können die Gemeinden einen

maximalen Nutzen zur Sicherheit ihrer Bevölkerung erzielen.

„Wie gerade die jüngste Hochwasserkatastrophe zeigt, ist sorgfältige Planung und ein koordinierter Hilfseinsatz der Schlüssel zur Bewältigung von Katastrophen und Großschadensereignissen. Genau dabei unterstützt die neue Plattform die Gemeinden“, meinte Landeshauptmann Hans Niessl, der den Anstoß zur Entwicklung gab.

Die neue Plattform wird wie der bisher verwendete digitale Katastrophenschutzplan von der Landessicherheitszentrale betrieben werden und soll den Gemeinden ab 1. Juli kostenlos zur Verfügung stehen. Einschulungsveranstaltungen wurden den Gemeinden bereits Ende Juni angeboten und laufen bereits.

Weitere Informationen zur Plattform digitaler Katastrophenschutzplan für Gemeinden erhalten Sie auf www.sicherimburgenland.at oder dem Projektbüro unter 0664/4661229 bzw. info@nachbarschaftshilfe-sicherheit.at.



Informationen zur Plattform können auch auf www.sicherimburgenland.at nachgelesen werden.

Foto: GVV

Feuerbeschau: GVV deponiert Vorschlag

Der GVV Burgenland setzt sich schon seit Jahren für eine Reform der sogenannten „Feuerbeschau“ ein. Seitens der SPÖ, und des GVV, wurde in den Parteienverhandlungen folgender Vorschlag deponiert.

Die Feuerbeschau wird nicht mehr im Feuerwehrgesetz geregelt. Es sollen Ergänzungen stattdessen ins Kehrgesetz einfließen, nämlich, dass Ein- und Zweifamilienhäuser generell von der Überprüfung ausgenommen werden. Grundsätzlich die Überprüfung

der Einhaltung feuerpolizeilicher Vorschriften durch den Rauchfangkehrer erfolgen soll, aber die Überprüfung von Betriebsanlagen, Geschäftsbauten über 2000 m², usw. sollen durch die Gewerbebehörde erfolgen. Weiters sollen die Überprüfungsintervalle gestaffelt nach Risikoklassen durchgeführt werden. Der vorgeschlagene Tarif (in Anlehnung an das Luftreinhaltegesetz 14 Euro pro angefangener ¼ Stunde) soll mit maximal 28 Euro pro Objekt bzw. Wohneinheit gedeckelt werden. Überprüfung: alle 15 Jahre.

Advent- & Silvesterreisen 2013-2014 Pürgg & Maria Zell, Budapest, Krumau, Prag, Pecs



Nr.	Termin	Ort	Preis	EZZ	Leistungen
01	29.11.–1.12.	Zum steirischen Krippel Pürgg & Maria Zell	199.-	50.-	Busfahrt, 2 x HP in 3*sup Hotels in Tauplitz, Ausflug mit Führung nach Bad Aussee
02	30.11.–1.12.	Weihnachtsglanz Budapest	99.-	33.-	Busfahrt, 1 x NF im 4* Hotel Marriott Courtyard , Stadtführung Budapest inkl. Reiseleitung
03	6.–8.12.	Mittelalterlicher Advent Krumau	183.-	38.-	Busfahrt, 2 x NF im 4* Hotel Mlyn , Stadtführung in Krumlau & Busdweis
04	6.–8.12.	Adventzauber Prag	155.-	56.-	Busfahrt, 2 x NF im 4* NH Hotel (Mövenpick) , 2x Stadtführung Prag mit Reiseleitung
05	13.–15.12.	Weihnachtsglanz Budapest	155.-	56.-	Busfahrt, 2 x NF im 4* Hotel Marriott Courtyard , 2x Stadtführung BDP mit Reiseleitung
06	29.12.2013 –2.1.2014	Silvestergala Pecs	390.-	10.-/N	Busfahrt, 4 x NF im 3*+ Hotel Palatinus , 4x Abendessen, Führungen, Eintritte, Weinverkostung, Silvestergala komplett.

Gemeindeenergiepaket

Energie Burgenland und der GVV haben ein neues Gemeindeenergiepaket geschnürt. Für die Gemeinden wurde eine Energiepreissenkung durch Energie Burgenland von 5% bei Strom und 3% bei Gas erreicht – und das mit 100% Öko-Strom. Mit der Energie Burgenland als Partner werden regional auch 800 Arbeitsplätze im Land gesichert. Diese verbesserten Tarife gelten auch für die Vereine in den Gemeinden.

Die Energie Burgenland ist außerdem einer der größten Arbeitgeber im Land. Aus beinahe jeder Gemeinde sind in der Unternehmensgruppe der Energie Burgenland Menschen beschäftigt. Zusätzlich zu den mehr als 800 direkten Arbeitsplätzen sind durch das Unternehmen viele weitere Arbeitsplätze in Partnerbetrieben und Zulieferunternehmen abgesichert. Alleine durch die direkten Arbeitsplätze sind durchschnittlich in jeder burgenländischen Gemeinde 5 MitarbeiterInnen beschäftigt. Laut einer aktuellen IHS-Studie ist das Unternehmen aber auch ein wichtiger Konjunkturmotor und löst mit der Beauftragung vieler Klein- und Mittelunternehmen eine immense Wertschöpfung im Land aus, was in etwa 1129 Vollzeit-Jobs entspricht.

Registrieren im Shop

Der GVV ersucht alle jene, die sich für den GVV-Shop bereits registriert haben, sich bitte auf der neuen Homepage (www.gvvgld.at) nochmals neu zu registrieren, weil der Anbieter gewechselt wurde. Dann kann in gewohnter Weise bestellt werden.

Auch der kommunale Werkzeugkoffer ist (in unveränderter Form) wieder auf der Homepage abrufbar. Hier ist keine Neuregistrierung notwendig.

Trinkwasserschutz

Einsatz für eine öffentliche Wasserversorgung mit Verfassungsschutz: Insgesamt haben 97 Gemeinden die GVV-Resolutionen „Unser Wasser darf nicht privatisiert werden“ in ihren Gemeinderäten beschlossen. Ein toller Erfolg für den GVV und den Schutz unseres Wassers vor negativen Auswirkungen von Privatisierungen, der eine wichtige Unterstützung für einen geplanten Beschluss im Landtag darstellt.

Amts- und Organhaftpflicht Vorsorgepaket für Versicherungsschutz

Gemeindebedienstete können im Einzelfall nach dem Amtshaftungs-, dem Organhaftpflicht oder dem Dienstnehmerhaftpflichtgesetz zur (Rück)Ersatzpflicht herangezogen werden. Daher hat der GVV Burgenland in Kooperation mit der Wiener Städtischen Versicherung ein optimales Vorsorgepaket geschnürt mit einer Pauschalversicherungssumme von 750.000 Euro.

Sie gilt für Personen-, Sach- und Vermögensschäden zusammen. Der Versicherungsschutz erstreckt sich im Rahmen der Versicherungsbedingungen auf die Bereiche Hoheits- wie auch Privatwirtschaftsverwaltung. Auch funktionelle Tätigkeiten im Aufgabenbereich als Gemeindebediensteter für andere oder mehrere Rechtsträger bzw. Dienstgeber sind mitversichert. Bei Tä-

tigwerden eines Gemeindebediensteten mit umweltgefährdenden Stoffen oder Anlagen sind auch Schäden durch Umweltstörfälle versichert.

Wird im Zusammenhang mit einem Versicherungsfall gegen den Versicherten ein Straf- oder Disziplinarverfahren eingeleitet, so sind auch über Weisung des Versicherers aufgewendete Anwaltskosten für die Strafverteidigung gedeckt.

Es besteht auch eine 3-jährige Vordeckung für Rechtsverletzungen vor Versicherungsbeginn – vorausgesetzt, dass dem Versicherungsnehmer bis zum Abschluss des Versicherungsvertrages von einer Rechtsverletzung, die bereits zu einem Schaden geführt hat, nichts bekannt war.



V. l.: Der Amtsführende LSR-Präs. Mag. Dr. Gerhard Resch, Univ.-Prof. Dr. Karl Dantendorfer, Dr. Brigitte Schmidl-Mohl, Chefärztin PSD-Bgld Nord, LSI Erwin Deutsch, die pädagogische Leiterin und Verwaltungsleiterin des HPZ Rust Mag. Dr. Eveline Ernst, Bgm. Mag. Gerold Stagl, LR Dr. Peter Rezar, PSD-Geschäftsführer Mag. Karl Helm, Kinder- und Jugendanwalt Mag. Christian Reumann und Prim. HR Dr. Werner Leixnering
Foto: LMS

HPZ Rust feiert 10-jähriges Bestehen Helfen – professionell und zielorientiert

Das Heilpädagogische Zentrum (HPZ) in Rust feierte gemeinsam mit vielen Weggefährten, Partnern, Helfern und Freunden sein 10-jähriges Bestehen. Das Zentrum hilft jungen Menschen, die in seelische Not geraten sind. Aufgenommen und behandelt werden Kinder und Jugendliche, die verschiedene psychische Probleme oder Erkrankungen, Verhaltensauffälligkeiten, Entwicklungsstörungen oder schulassoziierte Störungen haben. Betreiber des Zentrums ist der Psychosoziale Dienst Burgenland (PSD).

Das Heilpädagogische Zentrum Rust ist eine Sonderkrankenanstalt und dient der

diagnostischen Abklärung, Behandlung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen und deren Familien. „Das Zentrum richtet sich an Kinder und Jugendliche von drei bis 15 Jahren, das heißt, bis zur Vollenendung der Schulpflicht. Im Jahr 1999 fiel die Entscheidung im Burgenland ein Heilpädagogisches Zentrum für Kinder und Jugendliche zu etablieren. „Die Entscheidung, das HPZ in Rust aus der Taufe zu heben, war die richtige Entscheidung. Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass sich hier eine Einrichtung etabliert hat, die eine große Bedeutung für unsere Gesellschaft hat“, so Gesundheitslandesrat Dr. Peter Rezar.



Mit den Jungen auf Augenhöhe kommunizieren: Die neue Zooming Culture-App informiert schnell, unkompliziert und unabhängig vom Aufenthaltsort des Nutzers.

Foto: LMS

Zooming Culture-App für junge Kreative

Die Jugendkulturinitiative Zooming Culture präsentierte ihre App. Bieler: „Information und Service für junge Kreative muss mit der Zeit gehen!“

Bereits zum sechsten Mal initiiert das Kulturreferat des Landes Burgenland die Jugendkulturinitiative Zooming Culture. Mit der Devise „Deine Kreativität im Zoom“ werden Jugendliche aufgefordert kreativ zu sein. Zooming Culture bietet mehrere Förderprogramme für Jugendliche: Im Bereich der Kunst-, Kultur- und Kreativförderung unterstützt Zooming Culture Jugendkulturprojekte, gewährt Druckkostenzuschüsse, fördert junge Bands bei ersten Auftritten und CD-Produktionen. Die Initiative unterstützt junge Burgenländerinnen und Burgenländer in ihrer Ausbildung durch die Gewährung von Ausbildungs- und Kunststipendien sowie durch die Förderung von Diplomarbeiten und Dissertationen. Zooming Culture veranstaltet auch Kreativworkshops in den Bereichen Musik und Fotografie, die kostenlos zugänglich sind.

Die Jugendkulturinitiative blickt heuer auf fünf erfolgreiche Jahre zurück. Kulturlandesrat Helmut Bieler: „Eine Jugendkulturinitiative ist nur dann erfolgreich, wenn sie mit den jungen Kreativen kommuniziert und interagiert. Dies kann meiner Meinung nach am besten in den Kommunikations- und Informationskanälen der Jugend selbst funktionieren. Eine App ist somit der ideale Weg, die Jugend mit Information über Zooming Culture, über Festivals und über Förderungen zu versorgen.“

Die App-Fakten:

Zooming Culture-App ist sowohl mit iPhones, I pads und Androids kompatibel und natürlich gratis herunterzuladen. Unter dem Suchbegriff „Zoomculture“ oder den QR-Code ist die App zu finden.

Das Hauptaugenmerk der App liegt auf dem erleichterten Zugang zu Kunst-Kultur-Kreativförderungen im Rahmen von Zooming Culture vom Ausbildungsstipendium, dem Auslandsstipendium (Zooming Culture unterstützt Studienaufenthalt an einer Universität im Ausland mit 600 Euro), der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten sowie für Diplom-/Masterarbeiten und Dissertationen, über die Zooming Culture Bandaktion bis hin zur Förderung Junger Literatur, Druckkostenzuschüssen für die Erstveröffentlichungen oder die Unterstützung junger Kreative beim Entwickeln von Kulturprojekten, Ausstellungen, Workshops, usw.

LR Helmut Bieler: „Die App-Funktion ‚Extras‘ ist ein besonderes Feature. Man kann von dort direkt auf die Facebook – Seiten und – Gruppen der jungen Kreativen gehen oder auf Youtube Musikvideos von burgenländischen Bands genießen. Damit erschließt sich eine neue Präsentationsplattform für die jungen Künstler.“

Ebenso bildet die Facebook-Seite von Zooming Culture und die Homepage www.zooming-culture.at sämtliche Informationen und Serviceleistungen der App ab.



EU-Solidaritätsfonds für Überschwemmungen von 2012

Der EU-Ministerrat genehmigte Slowenien, Kroatien und Österreich Hilfen aus dem EU-Solidaritätsfonds für die Überschwemmungen von Herbst 2012. In Österreich führten Mur, Drau und Lavant im November 2012 Hochwasser, die Schäden waren beträchtlich. Der EU-Solidaritätsfonds beteiligt sich nun mit 240.000 Euro an den öffentlichen Ausgaben zum Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur bzw. anderer nicht versicherbarer Schäden.

Pharmazeutische Stoffe auf Beobachtungsliste

Mit der Annahme des im Trilog erzielten Kompromisses durch die Plenarversammlung des EU-Parlaments kann die Richtlinie über prioritäre Stoffe in der Wasserpolitik als abgeschlossen angesehen werden – es fehlen nur noch die formelle Annahme im Rat und die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt. Für die Gemeinden von Bedeutung ist, dass drei pharmazeutische Stoffe vorerst nicht in die Liste der prioritären Stoffe aufgenommen, sondern auf eine Beobachtungsliste gesetzt wurden. Jetzt sollen in den nächsten Jahren Daten gesammelt und die Auswirkungen der beobachteten Stoffe analysiert werden. Sollten regelmäßig negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt festzustellen sein, werden die entsprechenden Stoffe bei der nächsten Anpassung in die Liste der prioritären Stoffe übergeführt. Spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie muss die EU-Kommission die Liste der prioritären Stoffe überprüfen. Die Aufnahme pharmazeutischer Stoffe in die Liste der prioritären Stoffe würde die fünfte Reinigungsstufe in Kläranlagen notwendig machen.

Praxisnahe Bildung

BORG Güssing feierte sein 50-Jahr-Jubiläum und empfing als prominenten Ehren-gast Bundesministerin Claudia Schmied.

Mit einem großen Festakt wurde Anfang September das 50-jährige Bestehen des Bundesoberstufenrealgymnasiums und Gewerbegymnasiums Güssing gebührend gefeiert. Auch Bildungsministerin Dr. Claudia Schmied, Landesrätin Verena Dunst, Bürgermeister Vinzenz Knorr und der Amtsführende Präsident des Landes-schulrates für Burgenland, Mag. Dr. Ger- hard Resch, nahmen an den Feierlichkeiten teil und genossen das Programm, welches die Schülerinnen und Schüler darboten. Die Festgäste lobten unisono das BORG Güssing als wichtige Bildungseinrichtung für die Region und über die Region hinaus.

Ausbildungsschwerpunkte des BORG Güssing sind Informatik, Musik, Natur- wissenschaften, Sport und Gewerbe. Die Schule ist die einzige ihrer Art, wo Schü- lerinnen und Schüler, wenn sie es wollen, neben der Matura auch einen Lehrab- schluss absolvieren können. „Das ist ein- zigartig. Projekte stehen und fallen mit den handelnden Personen, mit dem persönli- chen Engagement. Das BORG Güssing ist eine besonders engagierte Schule, die sich durch unzählige Projekte hervortut“, betonte Schmied.

„Ein praxisorientiertes und flexibles Bil- dungsangebot, die Persönlichkeitsbildung, das Lernen fürs Leben, die zahlreichen Projekte und Kooperationen mit dem au- ßerschulischen Partnern und das Schul- klima zeichnen das BORG Güssing aus und machen es gleichzeitig so erfolgreich. Auch als Partnerschule der Neuen Mittel- schule ist es beispielgebend“, bekräftigte Dunst.



LRin Verena Dunst mit Bürgermeister Vinzenz Knorr und BMin Dr. Claudia Schmied Foto: LMS



Das Burgenland ist Vorreiter beim Ausbau der Neuen Mittelschule: Bundesministerin Claudia Schmied und LH Hans Niessl besuchten die NMS in Oberwart. Foto: LMS

NMS-Vollausbau: Burgenland Vorreiter

Am ersten Schultag besuchten Bildungsministerin Dr. Claudia Schmied und Landeshauptmann Hans Niessl die Neue Mittelschule Oberwart. Die Schü- lerInnen ließen 946 NMS-Luftballons steigen – genauso viele, wie es österreich- weit Neue Mittelschulen gibt. Besonderen Grund zur Freude gab es am ersten Schultag auch für die SchülerInnen des Bur- genlands: Als erstes Bundesland werden im Burgenland alle 41 ehemaligen Haupt- schulstandorte auf die Neue Mittelschule umgestellt.

Ministerin Schmied bedankte sich bei Landeshauptmann Niessl für den Re- formeifer in Sachen Bildungspolitik: „An diesem ersten Schultag setzt das Bur- genland bildungspolitisch einen neuen Maßstab: Als erstes Bundesland werden im Burgenland alle ehemaligen Haupt- schulstandorte auf die Neue Mittelschule umgestellt. Die Neue Mittelschule ist die Schule der Zukunft mit einer neuen, lei- stungsorientierten Lehr- und Lernkultur. Die Neue Mittelschule ist eine Leistungsschule. Chancengerechtigkeit und die Förder- ung aller Talente sind unser gemeinsames Ziel. Die Neue Mittelschule fühlt sich für den Bildungserfolg der jungen Menschen ganzheitlich verantwortlich.“ Jetzt gehe es darum, das hervorragende Angebot von Schulen wie der NMS Oberwart, wirklich flächendeckend zu verankern: „Hier werden die Vorzüge der Neuen Mittelschule mit denen der Ganztagschule vorbildhaft kom-

biniert – die Lernerfolge der SchülerInnen und ihre Freude am Schulbesuch, wovon wir uns überzeugen konnten, sprechen für sich. Die nächste Etappe muss die ganztägige ge- meinsame Schule sein.“ LH Hans Niessl ist stolz darauf, dass das Burgenland als ers- tes Bundesland das Ziel der flächendeck- enden NMS erreicht hat. „Das Burgen- land ist erneut Spitzenreiter und Vorreiter für ganz Österreich und das macht mich sehr stolz. Als erstes Bundesland werden im Burgenland alle 41 ehemaligen Haupt- schulstandorte auf die Neue Mittelschule umgestellt. Bildungspolitik ist die beste Wachstumspolitik. Und das Burgenland ist dafür ein Paradebeispiel. Denn nur durch den Ausbau der Bildung war es möglich, dass das Burgenland vom Schlusslicht zu einem Vorreiter in vielen Bereichen wurde. 1970 hatten wir insgesamt 445 Maturanten im Burgenland. Heute sind es fast vier Mal so viele.“

Mit 48,9% hat das Burgenland die höchste Maturantenquote aller Bundesländer. Auch bei den Studierenden liegt das Burgenland auf den vorderen Plätzen. „Mit der Er- richtung und dem Ausbau der maturafüh- renden Schulen wurde damals das Funda- ment für die Erfolge von heute geschaffen. Und Nachhaltigkeit in der Bildungspolitik heißt einerseits, dass wir das Angebot bei Bildung und Ausbildung stetig verbessern. Die Pädagogik und die Inhalte der Bildung müssen einer modernen Wissensgesell- schaft gerecht werden“, so LH Niessl.

Bei der NRW 2013 den ländlichen Raum stärken, denn: Gemeinden brauchen eine starke Stimme im Nationalrat!

Eine wichtige Wahl steht am 29. Septem- ber 2013 am Programm. Wer wird nach geschlagener Nationalratswahl wie und mit wem Österreich regieren? Auch engagier- te burgenländische Gemeindevertreter stellen sich dem Votum der Wähler. Als KommunalpolitikerInnen kennen sie den ländlichen Raum und somit auch die Sor- gen unserer Bevölkerung. Sie sind als Ge- meindevertreter wichtige Ansprechper- sonen und Mittler zwischen den Interessen der Kommunen und der Parteien sowie Interessensvertretungen. Im Nationalrat werden wichtige Entscheidungen getrof- fen – im Familienbereich, für Kinder und Jugendliche, Wirtschaft und Arbeit, Ge- sundheit, Pflege und vieles mehr. Daher ist eine starke Vertretung der Interessen der Gemeinden im Nationalrat relevant.

Regionalwahlkreis „Burgenland Nord“



NR Bgm. Erwin Preiner, Winden am See

Bgm. Josef Ziniel, Frauenkirchen

GR Alois Robic, Wiesen

VBgm. Helmut Hareter, Breitenbrunn



GV Thomas Plank, Schattendorf

GR Martin Giefing, Neudörfel

Bgm. Johann Schrammel, Gols

VBgm. Elisabeth Böhm, Neusiedl a. S.



GR Mag. Behrouz Sayahpour, Steinbrunn

GR Dagmar Matouschek, Stöttera

GV Elke Dvornikovich, Oslip

KO Renée Wisak, Eisenstadt



Regionalwahlkreis „Burgenland Süd“



NR Mag. Norbert Darabos Kroat.

Bgm. (FH) Christian Vlasich, Lockenhaus

Bgm. Renate Habetler, Bernstein

GR Mag. Christian Drobits, Rotenturm

Bgm. Leo Schneemann, Unterkohlstätten

Bgm. Jürgen Schabhüttl, Inzenhof



GR Martin Dujmovits, Güssing

VBgm. Birgit Karner, Neuberg i. Bgld.

GR Hannelore Binder, Kalkgruben

GR Mag.a Gabi Tremmel, Oberpetersdorf

GR Philipp Szelinger, Stadtschlaining

GV Lucia Salber, Rudersdorf



Verantwortungsvoller Umgang mit Lebensmitteln will gelernt sein: Familienlandesrätin Verena Dunst war zu Gast im Städtischen Kindergarten in Eisenstadt, Gölbeszeile 8. Eingeladen dazu hat die Vorsitzende des Kindergartenvereines, Elisabeth Ficker. Der Anlass: Im Kindergarten wurde groß aufgekocht. Die kleinen Köchinnen und Köche – im Bild Antonia, Alina und Tommy – wurden beim Selbermachen leckerer Schoko-Törtchen vom Zwei-Hauben-Koch Günther Fuchs tatkräftig unterstützt. Die Idee dazu hatte der in Wien beschäftigte Halbturner selbst. Familienlandesrätin Dunst ist von der Aktion begeistert: „Die Initiative ist eine weitere wichtige Maßnahme zum richtigen Umgang mit Lebensmitteln.“
Foto: LMS



Schmid und Gelbmann geehrt

Vor 60 Jahren trafen sich erstmals Österreichs Gemeindevertreter, um gemeinsam über Zukunftsfragen der Kommunen zu beraten. Bei einem Abendempfang im Rahmen des Jubiläums-Gemeindetages in Linz, wurden verdiente Funktionäre geehrt, darunter GVV-Präsident a. D. Bgm. Ernst Schmid, er wurde mit dem Ehrenzeichen des Gemeindebundes und der Ehrenmitgliedschaft im Bundesvorstandes ausgezeichnet, sowie VPräs. Bgm. a. D. Matthias Gelbmann, der ebenfalls mit dem Ehrenzeichen des Gemeindebundes ausgezeichnet wurde. Auch die Spitze des GVV Burgenland gratulierte den Geehrten herzlich.

Bild (v.l.): Gemeindebund-GS HR Dr. Walter Leiss, GVV-Präs. LAbg. Bgm. Erich Trummer, die geehrten Gelbmann und Schmid, Gemeindebund-Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer, LT-Präs. und GVV-Präs a. D. Walter Prior und SP-GVVNÖ-Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak.
Foto: Gemeindebund

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: DANEK Grafik + Repro + Druck
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M